



Wettbewerb – Schlüssel für wirtschaftlichen Aufschwung

Die CDU will in der deutschen Wirtschaft mehr Wettbewerb durchsetzen und so zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen beitragen.

„Wir brauchen Signale für mehr Marktwirtschaft und weniger Machtwirtschaft“, sagte Präsidiumsmitglied Hildegard Müller bei der

Vorstellung des achten und letzten Wachstumspaketes im Rahmen des Projektes Wachstum.

„Wettbewerberhöht nicht nur die Freiheit, sondern auch Wachstum und Wohlstand einer Gesellschaft,“ heißt es in dem unter der Leitung von Hildegard Müller erarbeiteten Papier. ▶

INHALT

Dokumentation

Projekt Wachstum:

Jürgen Rüttgers:
Mehr Wachstum durch technologische Innovation

Hildegard Müller:
Mehr Wachstum durch mehr Wettbewerb

Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Laurenz Meyer: De-saster für die SPD (S. 4) ■ Senioren Union: Stimmen der Älteren immer wichtiger (S. 5) ■ Saarland: Ministerpräsident Müller wieder gewählt (S.6) ■ Lachet: Schlimmer Ausrutscher Verheugens (S. 7) ■ Merkel trifft Chirac (S. 8) ■ Neue Dokumentation: Die Grünen – Regierungspartei ohne Verantwortung? (S. 8) ■ Senioren-Union: Bundesregierung „spart“ einmal mehr bei den Alten (S.9) ■ D. Austermann: Scheibchenweise zum Schuldenrekord (S.10) ■ M. Stübgen, M. Kretschmer: Tanktourismus verhindern – Ökosteuer ist Jobkiller (S. 10-11) ■ H. Koschyk, C. Binninger: Union präsentiert Gegenentwurf zu Schilys Zentralisierungsideen (S. 11–12) ■ H. Schauerte: Moderne Ladenschlussregeln für mündige Bürger und Einzelhändler (S. 12–13) ■ K. Riegert: Keine drastischen Einschnitte in der Spitzensportförderung (S. 13) ■ A. Storm, A. Widmann-Mauz: Ullas falsche Zähne (S. 13–14)

Wachstum ▶ Arbeit ▶ Wohlstand

Regionalkonferenz der CDU Deutschlands

Vom 5. bis 7. Dezember 2004 findet in Düsseldorf der 18. Parteitag der CDU Deutschlands statt. Um diesen Parteitag und die Antragsberatung vorzubereiten, wird die CDU auch in diesem Jahr mehrere Regionalkonferenzen durchführen. Der Leitantrag, der das Ergebnis der Arbeit am „Projekt Wachstum“

widerspiegelt, wird am 4. Oktober im Bundesvorstand der CDU beraten und anschließend in die Partei gegeben. Das „Projekt Wachstum“ präsentiert auf acht Arbeitsfeldern konkrete Strategien, wie wir in Deutschland wieder mehr Wachstum und damit Arbeitsplätze schaffen können.

Regionalkonferenzen

Sie können sich zu der Veranstaltung in Ihrer Nähe anmelden unter: events@cdu.de

Datum	Zeit	LV's	Ort
Do. 07.10.	19.30 – 22.00	NRW	Hamm
Mo. 11.10.	19.00 – 21.30	Baden-Württemberg	Sindelfingen
Di. 12.10.	19.30 – 22.00	Rheinland-Pfalz Hessen Saarland	Mainz
Fr. 22.10.	19.00 – 21.30	Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern	Berlin
Mo. 01.11.	19.30 – 22.00	Sachsen Sachsen-Anhalt Thüringen	Halle /Saale
Do. 04.11.	19.30 – 22.00	Hamburg Bremen Niedersachsen	Fallingbostel
Fr. 05.11.	16.00 – 18:00	Schleswig-Holstein	Travemünde

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

► Das CDU-Präsidiumsmittgliedkritisierte, der Wettbewerb friste unter der Bundesregierung ein Schattendasein. Wettbewerbsverzerrende Maßnahmen wie Subventionen müssten entweder zeitlich begrenzt oder abgeschafft werden. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer sagte, Liberalisierungsschübe lösten Wachstum aus. Deutschland sei in den neunziger Jahren bei der Deregulierung im Post- und Telekommunikationsmarkt Vorreiter gewesen. Durch die verfehlte Wirtschaftspolitik von Rot-Grün sei das Land zurückgefallen.

Müller verwies darauf, dass nach Ansicht der CDU nur die prinzipiell hoheitlichen Aufgaben vom Staat

wahrgenommen werden sollten. Es müssten mehr öffentliche Leistungen auf Bundes- und kommunaler Ebene privatisiert werden. Da gebe es ein „großes Potenzial“. Wettbewerb sei die Voraussetzung für Fortschritt und Wohlstand. Der Energiemarkt sei ein Beispiel für einen monopolisierten Markt, sagte Müller. Nur fünf Prozent aller Haushalte hätten aus unterschiedlichen Gründen den Energieanbieter gewechselt. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement sei nicht an mehr Wettbewerb interessiert. Bei der Bahn kritisierte Müller, dass das Ziel „Mehr Wettbewerb auf der Schiene“ nicht umgesetzt worden sei. Zehn Jahre nach der Privatisierung sei die

Bahn immer noch ein Sanierungsfall. Die Marktöffnung vollziehe sich zu langsam. Die CDU-Politikerin sprach sich für einen „diskriminierungsfreien Zugang“ für Netzbereiber aus. Außerdem forderte sie die Ausschreibung von „rentablen Strecken.“

Mit dem achten Wachstumspaket komplettiert die CDU die im Rahmen des Wachstumsprojektes erarbeiteten Wachstumsschwerpunkte, die der Bundesvorstand auf seiner Frühjahrsklausur identifiziert hatte. Die Arbeitsergebnisse sind in den Leit Antrag des Bundesvorstands an den Parteitag im Dezember eingeflossen. Zuvor wird der Leit Antrag auf sieben Regionalkonferenzen der Partei diskutiert.

VIRTUELLE REGIONALKONFERENZ IM CDUNET

Parallel zu den Regionalkonferenzen wird der Leit Antrag des Bundesvorstandes auch im internen Mitgliedernetz diskutiert. Wie bereits im Vorfeld vergangener Parteitage haben damit auch Mitglieder, die nicht an den Regionalkonferenzen teilnehmen können, die Chance, ihre Meinung einzubringen. Die Ergebnisse der Diskussionen werden dann aufbereitet und den Delegierten

des Parteitages in Düsseldorf zur Verfügung gestellt. So können sich auch die Delegierten, die nicht regelmäßig im CDUnet arbeiten, ein Bild über die Stimmungslage an der „elektronischen Basis“ der Partei machen. Vielleicht findet

The screenshot shows the CDUnet website interface. At the top right, it says 'CDU DIE MITGLIEDERZEITUNG'. The main content area features a headline: 'Rot-Grün plüsch an allen Fronten'. Below this, there is a sub-headline: 'Im freien Beirrat zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ging die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel zunächst auf die CDU/CSU-Forderungen ein. Die Wahlkreise bestätigen den nordrhein-westfälischen CDU-Präsidenten Ziemer: Die CDU sei nunmehr 1999 gegenüber dem Landesparlament die Mehrheit geworden. Merkel ging auch auf die Forderung der Bundestagsopposition ein, etwa in der Dauerkonferenz oder beim Jahrestag.' To the right of the article, there are several small icons and buttons: 'CDU Sarah', 'Kievit', 'Druck Portal', 'Angebot', and 'Pressemitteilung'. On the left side, there are navigation links: 'Interaktiv', 'Aktuelle Meldungen', 'Alle Meldungen zur Mitgliederversammlung 2003', 'Anker der Werte', 'FIRE RUCKSACK', and 'Für was kämpfen wir?'. At the bottom left, there is a small box with the text: 'EU-Bericht der Türkei: Partnerschaft ja, Beitritt nein. Soll die Türkei Mitglied der EU werden? Rot-Grün sagt ja. Auch EU-Erweiterungsminister Günter Verheugen (SPD) will jetzt empfehlen, in Beitrittsverhandlungen anzutreten. Das ist der falsche Weg, weil er die EU überfordert. Stattdessen'.

der ein oder andere auch ein überzeugendes Argument, das ihn bei der persönlichen Entscheidungsfindung unterstützt.

Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

CDU stärker als Rot-Grün zusammen

Angela Merkel sieht nach der gewonnenen Kommunalwahl an Rhein und Ruhr eine „eindeutige Perspektive für einen Regierungswechsel in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen“ bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr.

Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen hätte den 1999 begonnenen politischen Zeitenwechsel im ehemaligen Stammland der SPD bestätigt, erklärte die Vor-



Angela Merkel

sitzende der CDU Deutschlands. Mit dem zweitbesten

Kommunalwahlergebnis in NRW seit einem Vierteljahrhundert sei die CDU nunmehr dauerhaft zur großen Kommunalpartei des Landes geworden. Die Union hätte mehr Wählerzustimmung als Rot und Grün zusammen errungen und erreiche mit der FDP eine absolute Mehrheit der Stimmen. Das Fundament für einen Wahlerfolg bei den Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres sei damit grundsolide. Die Union habe

LAURENZ MEYER: DESASTER FÜR DIE SPD

In Münteferings Heimatland Nordrhein-Westfalen haben die Wähler der SPD erneut eine Ohrfeige verpasst. Die CDU ist an Rhein und Ruhr alleine stärker als Rot und Grün zusammen. Am Ende des „Superwahljahrs 2004“ zeigt das heutige Ergebnis: Die Regierenden von Berlin und Düsseldorf haben das Vertrauen der Menschen verloren.

Die Bürger in Nordrhein-Westfalen wissen, dass die CDU am besten die Probleme der Menschen in den Ländern und vor Ort löst – für Steinbrück, Müntefering

und Schröder ist das Ergebnis ein klares Misstrauensvotum.

NRW bleibt flächendeckend schwarz, der Erdbebenrutsch der vergangenen Kommunalwahl hat sich verfestigt – das ist eine exzellente Ausgangsbasis für die Landtagswahl im kommenden Jahr.

15 Wahlen hat die SPD in diesem Jahr verloren. Seit den Kommunalwahlen in NRW sollte Franz Müntefering begriffen haben: Eine ehrliche Bewertung von Wahlergebnissen zahlt sich



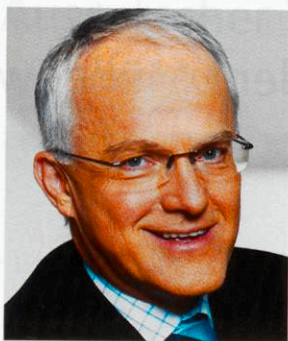
Laurenz Meyer

aus; das Schönen selbst katastrophalster Ergebnisse verstärkt den Vertrauensverlust der Wähler in die Glaubwürdigkeit von Politik.

Zum Abschluss des „Superwahljahrs“ 2004 zeigt sich: Die CDU ist die einzige Partei, die in Ost und West, in Nord und Süd, in Städten wie in den Flächenländern Wahlen gewinnen kann. Dieses Vertrauen der Menschen bedeutet für die Union eine Ermutigung für die zweite Hälfte der Legislaturperiode.

alle Chancen auf den Wechsel – ein Wechsel, der für die Bürger in Nordrhein-Westfalen die Hoffnung auf ein Wiedererstarken ihres Bundeslandes bedeute. Angela Merkel unterstrich, dass die CDU die Perspektive für den Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen und bei den Wahlen in Schleswig-Holstein durch eine klare Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland untermauern werde. „Denn das Vertrauen der Menschen wollen wir behalten“, bekräftigte die Partei- und Fraktionsvorsitzende.

Die Vorsitzende verwies bei der Analyse der Kommunalwahlen in NRW darauf, dass die Sozialdemokraten auf den niedrigsten Stand der Landesgeschichte abgesunken seien. Die von der SPD ausgerichtete Trendwende „sei beendet“, bevor sie überhaupt begonnen habe.



Jürgen Rüttgers

Das Vertrauen der Wähler in die SPD sei auch in den ehemaligen Hochburgen nicht zurückgekehrt, insbesondere auch nicht im Ruhrgebiet, wo die Zustimmung zur SPD erstmalig auf unter 40 % gesunken sei. „Damit ist zugleich klar: Die realen Misserfolge der rot-grünen Politik in den Kommunen, im Land und im Bund lassen sich auch mit Hilfe aller medialen Ablenkungsmanöver nicht verdecken“, sagte Angela Merkel.

Jürgen Rüttgers wertete das Abschneiden der CDU als Signal für einen Politikwechsel bei der Landtagswahl in acht Monaten. Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU betonte, dass die SPD sich nicht von der „verheerenden Niederlage“ von vor fünf Jahren habe erholen können. „Die Wahl hat deutlich gemacht, dass es das ‘sozialdemokratische Stammland NRW’ nicht mehr gibt,“ fügte Rüttgers hinzu. Das Ergebnis der Kommunalwahl beinhalte auch ein bundespolitisches Signal, sagte Rüttgers. Der Kurs der CDU, wirtschaftliche Vernunft und soziale Sicherheit in Einklang zu bringen, sei bestätigt worden.

www.cdunet.de
 → Infos → Wahlen
 & Analysen



STIMMEN DER ÄLTEREN WERDEN IMMER WICHTIGER

Auch die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen hat nach Auffassung der Senioren-Union der CDU Deutschlands gezeigt, dass – so der Bundesvorsitzende Otto Wulff – „die Stimmen der älteren Generation für die Union überlebenswichtig sind.“ Dies sei auch im Blick auf die Landtagswahl

im Mai 2005 zu beachten. Wulff: „Ohne einen deutlichen Stimmenüberhang in der Generation der über 60jährigen ist ein Machtwechsel illusorisch.“

In der 50.000-Einwohner-Stadt Monheim, bis 1999 eine SPD-Hochburg zwischen Köln und Düsseldorf, brachten die gleichzei-

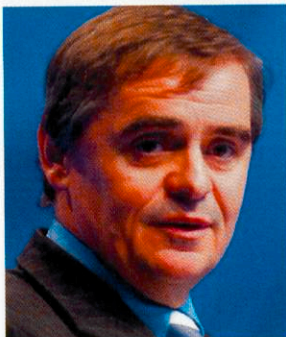
tig durchgeführten Seniorenbeirats-Wahlen ein bezeichnendes Ergebnis: Die Senioren-Union, die erstmals mit einer eigenen Liste antrat, erreichte bei den Wahlberechtigten über 55 aus dem Stand ein Ergebnis von 46,1 Prozent, während die SPD-AG 60plus nur 30 Prozent erreichte.

Saarland:

Ministerpräsident Müller wieder gewählt

Knapp vier Wochen nach der erfolgreichen Landtagswahl im Saarland ist Peter Müller in der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags zum Ministerpräsidenten wieder gewählt und vereidigt worden.

Bei der Vorstellung seiner neuen Regierungsmannschaft teilte der alte und neue Ministerpräsident mit, dass er das Kabinett verkleinern werde. Kern der Neugliederung ist die Auflösung eines eigenständigen Justizministeriums und der Neuzuschnitt des Sozialministeriums. Deren bisherige Ressortchefinnen Regina Görner und Ingeborg Spoerhase-Eisel werden aus der Landesregierung ausscheiden. Der bisherige Gesundheitsstaatssekretär Josef Hecken übernimmt ein neu zugeschnittenes Ressort für Gesundheit, Soziales und Justiz. Gleichzeitig wird das Innenministerium von Annetta Kramp-Karrenbauer um die Bereiche Familien und Frauen erweitert. Das Wirtschaftsministerium erhält die Zuständigkeit für die Arbeitspolitik, die zuvor im Sozialressort angesiedelt war. Als Minister ist Hanspeter



Peter Müller

Georgi vorgesehen. Der Chef der Staatskanzlei, Karl Rauber, erhält zusätzlich das Amt des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten. Finanzminister und stellvertretender Regierungschef bleibt Peter Jacoby. Außerdem werden Bildungsminister Jürgen Schreier, Umweltminister Stefan Mörsdorf und Staatssekretärin Monika Beck als Bevollmächtigte des Saarlandes beim Bund wieder berufen. Bis auf den parteilosen Mörsdorf gehören alle Kabinettsmitglieder der CDU an.

Mit sechs Ministerien habe das Saarland nun die kleinste Landesregierung Deutschlands, betonte Peter Müller. Zudem führten geplante Reduzierungen von Abteilungen in der Landesverwaltung zu „Synergieeffekten“.

Die Summe der Einsparungen konnte der Regierungschef noch nicht exakt beziffern, da die Zuordnung der einzelnen Aufgaben zu den Ressorts noch nicht endgültig entschieden sei.

Zuvor hatte der neu konstituierte Landtag seine Arbeit aufgenommen. Zum Präsidenten des saarländischen Landtags wurde Hans Ley wieder gewählt. Anschließend stand die Anpassung des Landtags-Gesetzes und der Geschäftsordnung an, nachdem sich durch die Rückkehr der Grünen und der FDP ins Saar-Parlament die Zahl der Fraktionen auf vier verdoppelt hat.

Ministerpräsident Peter Müller zeigt sich zuversichtlich, „mit neuer Mannschaft und neuem Schwung“ die schwierigen Herausforderungen für das Saarland in den nächsten Jahren zu bewältigen. Die Bürgerinnen und Bürger hätten der Regierung mit dem Ergebnis der Landtagswahl sowohl Anerkennung für die geleistete Arbeit der letzte Legislaturperiode als auch einen eindrucksvollen Vertrauensbeweis für die anstehenden Jahre ausgesprochen.

Schlimmer Ausrutscher Verheugens

Zu den Folteräußerungen des EU-Kommissars Verheugen und zur Position der Bundesregierung erklärte Armin Laschet:

Die Aussage des EU-Erweiterungskommissars Verheugen, er sei „sehr glücklich“, dass die Türkei „nicht systematisch foltert“, und seine Empfehlung, jetzt Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, sind ein schlimmer Ausrutscher. Folter ist mit den EU-Prinzipien nicht vereinbar. Wer jetzt zwischen „Folter“ und „systematischer Folter“ unterscheidet, macht nicht einmal mehr den Versuch, seine Parteilichkeit in der Frage eines Türkei-Beitritts zu verstecken. Es ist ab-



Armin Laschet MdEP

surd, den „Ehebruchparagrafen“ höher zu bewerten als Folterberichte, die von amnesty international und der „Turkish Human Rights Association“ vor der EVP-ED-Fraktion erneut bestätigt wurden. Die CDU ist dagegen, Verhandlungen für ei-

nen EU-Beitritt mit einem Partner aufzunehmen, in dessen Land gefoltert wird, systematisch oder unsystematisch. Auf dieses Prinzip hat man bei allen bisherigen Erweiterungsrounden geachtet. Die Türkei darf keine Sonderrechte erhalten.

Die Bundesregierung muss sich von den Folteräußerungen Verheugens distanzieren. Wir erwarten, dass der Bundeskanzler sich vor dem entscheidenden EU-Gipfel und vor einer Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen genauso intensiv mit den Foltervorwürfen von Menschenrechtsorganisationen befasst wie mit dem Ehebruchparagrafen.

KINDERSOLDATEN – KINDER OHNE KINDHEIT

Anlässlich der Vorstellung des Beschlusses des CDU-Bundesfachausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte „Neue Initiativen gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten“ erklärten der Ausschussvorsitzende, Armin Laschet, und die zuständigen Ausschussmitglieder, Siegfried Helias und Erika Reinhardt:

In vielen Ländern werden Kinder und Jugendliche als

Soldaten rekrutiert und zu Folterungen und Tötungen gezwungen. Insbesondere Mädchen werden zudem Opfer sexuellen Missbrauchs. Allein in den letzten 10 Jahren sind mehr als zwei Millionen Kinder durch bewaffnete Konflikte ums Leben gekommen und sechs Millionen zu Invaliden geworden. Häufig werden die Kinder durch Drogen geügig gemacht. Auch Folter, Misshandlungen und Hinrichtungen sind auf der Tagesord-

nung. Wenn ein Land Kinder als Soldaten missbraucht, muss dies Konsequenzen haben. Notwendig sind neben diplomatischem Druck abgestufte Maßnahmen, z.B. das Einfrieren der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit oder Einreiseverbote für Angehörige von Kriegsparteien, die Kinder als Soldaten missbrauchen. Nötig ist auch, Programme zur Demobilisierung und Reintegration von Kindersoldaten zu fördern.

Merkel trifft Chirac

Angela Merkel hat bei Frankreichs Staatschef Jacques Chirac persönlich für ihr Konzept einer „privilegierten Partnerschaft“ zwischen der Europäischen Union und der Türkei anstelle einer EU-Aufnahme Ankaras geworben.

Nach dem gut einstündigen Gespräch im Pariser Elysée-Palast zeigte sich die deutsche Oppositionsführerin erfreut über den „sehr lebhaften und sehr interessanten“ Gedankenaustausch. Die Haltung Chiracs – der für einen EU-Beitritt der Türkei auf lange Sicht eintritt – sei bekannt, räumte Merkel ein. Es sei aber „wichtig, sich im Vorfeld größerer Entscheidungen auszutauschen“, sagte Merkel.

Auf der Gesprächsagenda stand außerdem die Zukunft der Europäischen Union



Jacques Chirac empfängt Angela Merkel

und die EU-Verfassung. Die CDU-Vorsitzende und der französische Staatspräsident stimmten darin überein, dass der Verfassungstext angenommen werden müsse.

In der Wochenzeitung „Die Zeit“ verteidigte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihr Konzept einer „privilegierten Partnerschaft“. Sie befürworte „spezielle Beziehungen zur Türkei, aber die

volle Integration des Landes in alle europäischen Institutionen halte ich zum jetzigen Zeitpunkt für schwierig“, erklärte sie. Beim Beitritt der Türkei gehe es um das Selbstverständnis der EU: „Wir müssen uns – selbst bei formaler Erfüllung des Großteils der Kopenhagener Kriterien durch die Türkei – fragen, ob wir selbst die Kraft haben, zugleich die Vertiefung der Union voranzutreiben und weitere Mitgliedsstaaten aufzunehmen.“

DIE GRÜNEN – REGIERUNGSPARTEI OHNE VERANTWORTUNG?

Obwohl die Grünen mit der SPD gemeinsam die Verantwortung im Bund tragen, können sich die Grünen vom Negativtrend der SPD absetzen. Während ihr Koalitionspartner in der größten Krise der Nachkriegszeit steckt und bei der Landtagswahl in

Sachsen sogar unter die 10-Prozent-Marke absackte, wachsen die Stimmenanteile der Grünen. Dies ist schwer nachzuvollziehen: Kein Projekt, das die rot-grüne Koalition seit der letzten Bundestagswahl angestoßen hat, wurde ohne die Grünen be-

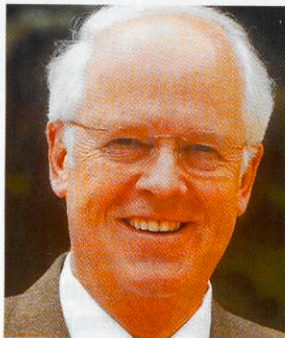
schlossen. Die Dokumentation „Die Regierungstätigkeit der Grünen“ zeigt: Die Grünen machen dieselbe schlechte Politik wie die SPD. **Die Broschüre steht als PDF-Dokument unter www.cdunet.de zu Download zur Verfügung.**

Bundesregierung „spart“ einmal mehr bei den Alten

Auf scharfe Kritik der Senioren-Union der CDU Deutschlands ist die Entscheidung der SPD-geführten Bundesregierung gestoßen, die Förderung des Deutschen Zentrums für Altersforschung (DZFA) in Heidelberg zum neuen Jahr komplett einzustellen.

„Es ist unfassbar, dass ausrechnet in Zeiten eines massiven demographischen Wandels, der die Gesellschaft vor nie gekannte Herausforderungen stellt, ein international anerkanntes wissenschaftliches Institut mit einem Federstrich platt gemacht werden soll“, sagte der Bundesvorsitzende der CDU-Senioren-Organisation, Otto Wulff. „Der Rückzug des Bundes aus der institutionellen Förderung eines Forschungsinstitutes, das den weltweiten Ruf der deutschen Altersforschung erst begründet hat, ist ein Skandal, der einmal mehr zeigt, dass diese Bundesregierung immer zuerst bei den Anliegen der älteren Generation spart.“

Ein „besonderer Hohn“ sei es, so Wulff, dass die Entscheidung ausgerechnet das Zentrum für Altersfor-



Otto Wulff

schung treffe, das in den vergangenen Jahren in kaum vergleichbarer Weise seine Mittel mit außerordentlicher Effizienz eingesetzt habe. Gerade erst sei es dem Zentrum aufgrund seines hohen wissenschaftlichen Ansehens und einer ebenso hohen Praxisrelevanz gelungen, für die nächsten fünf Jahre zusätzliche Drittmittel in Höhe von drei Millionen Euro zum erstmaligen Aufbau von Nachwuchsgruppen im Bereich der biologischen Altersforschung einzuwerben. Wulff: „Gerade in Zeiten, in denen der Bund aufgrund der knappen Kassenlage mehr denn je auf einen möglichst effizienten Einsatz der knappen Ressourcen bedacht sein müsste, ist der Ausstieg aus der Förderung

besonders unverständlich.“ Das seit 1995 bestehende Deutsche Zentrum für Altersforschung (DZFA) mit Abteilungen für Entwicklungsforschung, soziale und ökonomische Gerontologie und Epidemiologie hat im Bereich der institutionellen Förderung (je 50 Prozent Bund und Land Baden-Württemberg) ein Haushaltsvolumen von 2,086 Millionen Euro. An Drittmitteln fließen ihm 1,275 Millionen Euro zu, was einer Drittmittelquote von 61 Prozent entspricht.

SERVICEPUNKT

Aktuelle Analysen auf der Homepage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Verschiebung des außenpolitischen Koordinatensystems Zwischenbilanz der rot-grünen Außenpolitik in der 15. Wahlperiode
- Zehn gute Gründe gegen die Bürgerversicherung

Beide Papiere stehen auf www.cducusu.de als PDF-Dokument zum Download bereit.

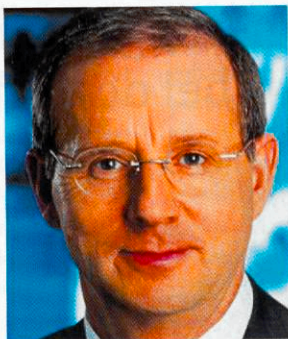
Scheibchenweise zum Schuldenrekord

Erklärung zu den Meldungen über eine voraussichtlich noch größere Lücke im Bundeshaushalt 2004:

Hans Eichel stolpert scheibchenweise zum Schuldenrekord. Schon vor einigen Monaten hat die Bundesregierung einräumen müssen, dass sie die planmäßige Nettokreditaufnahme von 29,3 Mrd. € nicht halten können. Es würden wohl etwa 40 Mrd. € werden, hieß es. Wenn Hans Eichel jetzt schon einräumt, dass es noch mehr neue Schulden in diesem Jahr geben wird, muss man angesichts der Vernebelungstaktik der vergangenen Jahre darauf schließen, dass ihm demnächst das Geld, sprich die haushaltsmäßigen Kreditermächtigungen ausgehen!

Diese Hinhaltetaktik, dieses scheibchenweise Einräumen einer Wahrheit, die – außer ihm – fast schon jeder kennt, beschädigt zunehmend das Vertrauen der Bürger und der Unternehmen in die Politik.

Wieder einmal entpuppt sich Hans Eichel als williger Jongleur temporärer und selektiver Wahrheit. Entgegen seiner ursprünglichen Planung, den Nachtragshaus-



Dietrich Austermann

halt 2004 erst im November vorzulegen, sieht er sich offenbar gezwungen, dass Schwurhändchen schon ein paar Wochen früher zu heben, um überhaupt über die Runden kommen zu können.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.

Tanktourismus verhindern – Öko-Steuer ist Jobkiller

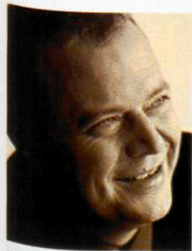
Stellungnahme anlässlich einer kleinen Anfrage nach Maßnahmen zur Reduzierung der Kraftstoff- und Energieverteuerung:

Die politisch motivierte Energieverteuerung schadet Deutschland. Als sichtbarstes Zeichen führt der zunehmende Tanktourismus zu einem Steuerausfall der Mineralölsteuer von ca. einer Milliarde Euro im Jahr. Über 300 Tankstellen muss-

ten bundesweit bereits schließen, viele davon mittelständische Existenzen. Nach Angaben der Mineralölwirtschaft sind etwa 1000 weitere Tankstellen und ca. 5000 Arbeitsplätze bedroht. Nach einer Studie der Universität Leipzig haben die deutschen Tankstellen im grenznahen Raum im Jahr 2003 über zwei Milliarden Liter Kraftstoff weniger verkauft als 1999. Die Anhebung der Ökosteuer bewirkt das Gegenteil von dem, was sie erreichen sollte: Der Staat nimmt nicht mehr, sondern weniger Steuern ein. Sie hat ihr Ziel klar verfehlt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage nach Maßnahmen zur Reduzierung der Kraftstoff- und Energieverteuerung in Deutschland befragt.

Das oft benutzte Argument: Europarechtlich sei keine Lösung möglich, gilt nicht mehr. Gerade wurde bekannt, dass die Europäische Kommission einen Vorschlag Frankreichs zur Neuregelung der Kraftstoffbesteuerung dem europäischen Rat zum Beschluss empfehlen wird. Frankreich hatte am 16. Juni 2004 bei der Europäischen Kommission beantragt, den regionalen Gebietskörperschaften die Befugnis zu erteilen, selbst



Michael Stübgen



Michael Kretschmer

der Europäischen Union, **Michael Kretschmer** ist Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Fragen der EU-Erweiterung und der Grenzregionen.

islamistischen Terrorismus und Extremismus zuständige Bundes- und Landesbehörden.

Dies führte u.a. dazu, dass die Hamburger Terrorzelle deutschen und amerikanischen Sicherheitsbehörden bereits 1999 bekannt war, aber die Gefährlichkeit aufgrund der nicht erfolgten Zusammenführung aller Informationen nicht erkannt wurde und zwei Terroristenprozesse aufgrund unzureichender Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden „platzen“.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deshalb die Schaffung eines gemeinsamen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung (GZT) und die Errichtung einer gemeinsamen Datei der deutschen Sicherheitsbehörden zur Beobachtung und Bekämpfung des islamistischen Extremismus und Terrorismus. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird einen entsprechenden Antrag in den Bundestag einbringen.

Union präsentiert Gegentwurf zu Schilys Zentralisierungsideen

Erklärung zu den Plänen von Bundesinnenminister Otto Schily, die Sicherheitsbehörden weitestgehend zu zentralisieren:

Die von Bundesinnenminister Schily angestrebte Stärkung des BKAs und des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf Kosten der Länder führt zu keinem Sicherheitsgewinn und ist eher kontraproduktiv. Die föderale und dezentrale Struktur der Sicherheitsbehörden hat sich grundsätzlich bewährt.

Problematisch sind der mangelhafte Informationsaustausch und die unzureichende Koordination der einzelnen Maßnahmen zwischen den für die Bekämpfung des



Hartmut Koschyk



Clemens Binninger

über eine Ermäßigung der Kraftstoffsteuern zu entscheiden. Diese bis Ende 2011 befristete Regelung soll nach den Vorstellungen Frankreichs je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit regional gestaffelt sein.

Das ist ein interessanter Vorstoß, der das Bemühen zeigt, regionale Besonderheiten zu berücksichtigen, gerade in Anbetracht der aktuellen Diskussion zu unterschiedlichen Lebensverhältnissen in Deutschland und der Frage, mit welchen Instrumenten der Angleichungsprozess stimuliert werden kann. Die Untätigkeit der Bundesregierung muss ein Ende haben. Sie muss Vorschläge zur konkurrenzfähigen Besteuerung von Energie unterbreiten. Tanktourismus darf sich nicht mehr lohnen. Die 18 Cent Öko-Steuer je Liter Normalbenzin sind ein Jobkiller.

Michael Stübgen ist Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Angelegenheiten

In diesem Zentrum sollen die Erkenntnisse der für die Bekämpfung der islamistischen Terrorismus und Extremismus zuständigen Bundes- und Landesbehörden gebündelt und alle Maßnahmen koordiniert werden. Das Zentrum soll Zentralstelle für Informationsaustausch und Informationsanalyse sein und soll über ein rund um die Uhr besetztes Lagezentrum verfügen. Das Zentrum soll alle polizeilichen und nachrichtendienstlichen Ermittlungen unterstützen und bei der Koordination von Einsätzen und Überwachungsmaßnahmen mitwirken.

Darüber hinaus fordern wir eine gemeinsame Datenbank aller 37 mit der Terrorismusbekämpfung befassten Behörden, eine *conditio sine qua non* für die erfolgreiche Bekämpfung des Terrorismus.

Dies ist ein erster Schritt zu einer wirksamen und erfolgreichen Terrorismusbekämpfung und Voraussetzung für eine kooperative föderale Sicherheitsarchitektur, in der regional und überregional vertrauensvoll und effektiv zusammengearbeitet werden wird.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Clemens Binnin-**

ger ist der für Terrorismusbekämpfung zuständige Beirichterstatler.

Moderne Ladenschlussregeln für mündige Bürger und Einzelhändler

Stellungnahme zur Bundestagsrats-Initiative zum Ladenschluss:

Selbst wenn eine Liberalisierung des Ladenschlusses nicht sofort und automatisch zu einem Anstieg von Absatz und Beschäftigung führt, so wird damit doch ein wichtiger Beitrag für mehr Flexibilität im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben verbunden sein, der für Verbraucher, Arbeitnehmer und Einzelhändler gleichermaßen von Vorteil ist.

Mit einer Freigabe der Öffnungszeiten von Montag bis Samstag, wie sie von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit langem gefordert wird, würde der Einzelhandel endlich in die Lage versetzt, den tatsächlichen Wünschen der Konsumenten Rechnung zu tragen. Für die Arbeitnehmer würde das Spektrum an Arbeitszeit-Möglichkeiten erweitert und damit lebensnahe Lösungen des Arbeitsmarktes erleichtert.

Die Protestargumente der Gewerkschaften sind faden-



Hartmut Schauerte

scheinig und an den Haaren herbeigezogen. Der Arbeitsschutz der Arbeitnehmer wird schon heute nicht mehr durch die antiquierten Ladenschlussregeln, sondern durch das Arbeitszeitgesetz und tarifrechtliche Regelungen gesichert. Eine Freigabe der Öffnungszeiten von Montag bis Samstag gefährdet keine Arbeitsplätze, sondern macht sie im Gegenteil sicherer, weil gerade der mittelständische Einzelhandel dadurch besser auf die besterhende Konkurrenz durch Internethandel reagieren kann und bestehende Wettbewerbsverzerrungen gegenüber Tankstellen oder Geschäften in Bahnhöfen und Flughäfen beseitigt werden.

Ich warne allerdings davor, dass im Rahmen dieser Initiative die verkaufsfreien Sonn- und Feiertage geopfert werden.

Die richtigen Schlussfolgerungen lauten deshalb:

- Mündige Bürger und Einzelhändler brauchen keine Bevormundung des Staates mehr.
 - Die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag sind freizugeben.
 - Der Schutz von Sonn- und Feiertagen in seiner bisherigen Form ist durch eine bundeseinheitliche Regelung sicherzustellen.
- Hartmut Schauerte** ist der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Keine drastischen Einschnitte in der Spitzensportförderung

Erklärung zur Spitzensportförderung durch die Bundeswehr:

Nun ist die Katze aus dem Sack: Entgegen aller Beteuerungen rot-grüner Minister und Staatssekretäre vor dem Sportausschuss des Deutschen Bundestages wird die Bundeswehr die Sportlerstellen ab 2006 um 12% kürzen. Statt 744 Leistungssportler sollen nur noch 653 gefördert und die Zahl der Sportfördergruppen von 25 auf 15 reduziert werden.

Spitzensportförderung durch die Bundeswehr ist ein beeindruckendes Erfolgsmodell. Immer lag die



Klaus Riegert

Anzahl der gewonnenen Medaillen weit über dem Mannschaftsanteil. So gewannen in Athen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr 50 % aller Medaillen bei einem Mannschaftsanteil von 35 %. In Salt Lake City war das Ergebnis noch eindrucksvoller: 71 % der Medaillen bei 44 % Mannschaftsanteil. Mit relativ geringem Aufwand hat die Bundeswehr einen entscheidenden Anteil an der internationalen Spitzenstellung des deutschen Sports.

Das duale System der sportlichen und beruflichen Karriere bei der Bundeswehr hat sich bewährt. Die Kürzungen bedeuten, vielen jungen Talenten die Chance zu verweigern, sportliche Spitzenleistung und berufliche Karriere in Einklang bringen zu können.

Rot-Grün genehmigt Schily für 22 Mio. € eine feudale Abendveranstaltung zur Fuß-

ball-Weltmeisterschaft 2006 in Berlin, verweigert aber bei den Haushaltsberatungen die erforderliche Unterstützung für den Spitzensport. Dabei sollte Rot-Grün wissen: Mit 22 Mio. € könnten über 700 Spitzensportler ein Jahr lang durch die Bundeswehr gefördert oder die Spitzensportförderung könnte rd. 10 Jahre auf jetzigem Niveau fortgeführt werden.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben die Spitzensportler Vorrang. Für die „Schily-Fete“ 22 Mio. € auszugeben ist ein Skandal.

Klaus Riegert ist der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ulla Schmidts falsche Zähne

Stellungnahme anlässlich der Anhörung des Bundestags-Gesundheitsausschusses zur Zahnersatzversicherung:

Ulla Schmidts falsches Spiel mit dem Zahnersatz ist entlarvt. Nach der heutigen Anhörung ist klar: Der rot-grüne Sonderbeitrag belastet schon Geringverdiener weitaus stärker als der im vergangenen Jahr vereinbarte Pauschalbeitrag für Zahnersatz. Die Bundesgesundheitsministerin hat ei-

nen unbürokratischen Beitragseinzug bewusst verhindert. Die Menschen sollen mit falschen Zahlen und unrichtigen Behauptungen getäuscht werden.

Wie heute unmissverständlich klar wurde, war bereits vor einem Jahr bekannt, dass sich ein Pauschalbeitrag für den Zahnersatz weniger als 7 Euro monatlich einschließlich Verwaltungskosten beläuft. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Deshalb gehen SPD und Grüne wissentlich an der Wahrheit vorbei, wenn sie von einer angeblichen Kostenexplosion reden.

Klargestellt wurde auch: Wenn die Bundesregierung noch vor der Sommerpause das Gesetz geändert hätte, wäre ein unbürokratischer Beitragseinzug für Rentner und Arbeitslose möglich gewesen. Den Versicherten wären zusätzliche Kosten von 60 Cent für den Einzeleinzug der Beiträge erspart geblieben.

Darauf haben CDU/CSU und die Krankenkassen bereits im Mai hingewiesen. Ulla Schmidts Antwort damals: Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Durch ihr anhaltendes Nichtstun trägt die Gesundheitsministerin die Verantwortung dafür, dass die

Neuregelung zum Zahnersatz nun nicht mehr pünktlich umgesetzt werden kann.

SPD und Grüne versuchen, ihr eigenes Versagen der Union in die Schuhe zu schieben. Die dabei vorgebrachten Argumente wurden heute eindrucksvoll widerlegt. Kein Experte konnte die rot-grüne Behauptung, die Pauschalprämie führe zu enormen Verwaltungskosten, mit Zahlen belegen.

Auch die Behauptung, insbesondere Rentner würden durch den rot-grünen Sonderbeitrag geringer belastet als durch eine Pauschalprämie, konnte ins Reich der Legenden verwiesen werden. Tatsache ist: Nach dem Willen der Bundesregierung müssen die Rentner am 1. Juli 2005 eine Rentenkürzung um 0,8 % hinnehmen. Ein Durchschnittsrentner verliert damit fast 10 Euro im Monat.

Bereits niedrige Einkommen werden von Rot-Grün weitaus stärker belastet als bei einer Zahnersatzprämie von knapp 7 Euro. Für einen durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmer beläuft sich die Mehrbelastung sogar auf 15 Euro monatlich. Die Menschen sollen mehr



Andreas Storm



Annette Widmann-Mauz

zahlen, zugleich wird ihnen von SPD und Grünen die Wahlfreiheit über ihren Versicherungsschutz genommen.

Besonders fatal ist, dass die hohe Belastung durch den Sonderbeitrag einseitig mehr freiwillig Versicherte mit hohem Einkommen in die Privatversicherung treiben wird. Die Attraktivität der GKV nimmt weiter Schaden mit der Folge, dass die gesetzlich Versicherten künftig wieder höhere Beiträge zahlen müssen. Auch deshalb ist der Gesetzentwurf von Ulla Schmidt für die Union keine akzeptable Lösung.

Andreas Storm ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Annette Widmann-Mauz** ist die gesundheitspolitische Sprecherin.

NEU!

Mini-Scanradio

mit großem Lautsprecher-Regler,
Kontrolleuchte, rückseitigem Clip und
separaten Kopfhörern

Bestell-Nummer: **9829**

Preis je **1 Stück: 4,00 €**

inkl. MwSt.: 4,64 €



Notizblock

Format DIN A7, 50 weiße Blätter

Bestell-Nummer: **9813**

Preis je **50 Stück: 28,00 €**

inkl. MwSt.: 32,48 €



Logo-Bogen „CDU“

mit 13 Logo-Aufklebern in verschiedenen
Größen und Ausführungen

Bestell-Nummer: **0546**

Preis je **1 Bogen: 22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Kugelschreiber „FU“

Bestell-Nummer: **9930**
Preis je **50 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €



Tasse „FU“

inkl. Einzelverpackung

Bestell-Nummer: **9106a**
1 Tasse inkl. Einzelverpackung: 5,50 €
inkl. MwSt.: 6,38 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de